



<https://biz.ii/2j0p>

# DAS ZIEL DER REGIONS-CDU BLEIBT: "KRANKENHÄUSER BURGWEDEL UND LEHRTE ERHALTEN"

Veröffentlicht am 17.06.2018 um 23:39 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Der politische Beschluss, dass die Krankenhausstandorte Lehrte und Burgwedel erhalten bleiben, ist nach wie vor gültig. Mit diesem Auftrag müssen die Verantwortlichen arbeiten und eine Umsetzung des politischen Willens anstreben", stellt der Vorsitzende der CDU-Fraktion Region Hannover und Lehrter Abgeordnete Bernward Schlossarek fest. Der im März 2016 einstimmig gefasste Beschluss der Regionsversammlung zur Medizinstrategie und die Festlegungen im Koalitionsvertrag von CDU und SPD haben weiterhin Bestand. Für die CDU-Fraktion ist dieser Beschluss "ein Baustein, um den Anforderungen der Patientinnen und Patienten gerecht werden zu und sehr gute medizinische und pflegerische Leistungen erbringen zu können. Denn auch in Zukunft müsse eine gut erreichbare, qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung im Osten sichergestellt sein. Dazu gehören die Behandlungsmöglichkeiten von Schlaganfallpatienten in Großburgwedel und die Fokussierung auf die Altersmedizin in Lehrte". "Vielleicht muss die KRH-Geschäftsführung den Förderantrag beim Land nochmals modifizieren, um die Chancen der Finanzierung zu erhöhen. Fest steht, dass sich das Sozialministerium nicht aus seiner Verantwortung für das Klinikum Region Hannover entziehen darf", so Schlossarek weiter. "Die ablehnende Haltung des Verbandes der Ersatzkassen gegen die beiden Standorte ist schwierig. Hier wird Politik gemacht gegen politische Beschlüsse der demokratisch legitimierten Regionsversammlung, gegen das Klinikum und letztlich auch gegen eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern in der Region Hannover. Das ist so nicht hinnehmbar. Die Region Hannover hat auf Grund ihrer Bevölkerungsdichte einen anderen Bedarf an Krankenhausstrukturen als das restliche Niedersachsen. Diese Tatsache muss sich auch in der Finanzierung der Krankenhäuser widerspiegeln, zumal die Region jährlich den größten finanziellen Beitrag zur Krankenhausumlage des Landes leistet. So werden im Haushaltsjahr 2018 rund 18,5 Millionen Euro an das Land zur allgemeinen Krankenhausfinanzierung überwiesen. Für uns hat der politische Beschluss Bestand, und wir werden die Umsetzung unterstützen", so Schlossarek abschließend.